

Nr.

XIX. GP.-NR
1965
1995 -10- 0 1

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Haider und Kollegen
an den Bundeskanzler
betreffend "Ausverkauf der österreichischen Wirtschaft und Gefährdung des Industriestandortes
Österreich"

"Niemand verwaltet Industriebetriebe schlechter als der Staat."
(Dr. Otto Bauer, SPÖ-Vordenker und NR; 1881–1938)

Die überragende Bedeutung der Industrie für die Wirtschaftsleistung Österreichs kann allein an der Tatsache erschen werden, daß dieser Wirtschaftszweig für rund ein Drittel des BIP sorgt. Dennoch wird die österreichische Industrie durch langwierige und unkoordinierte Behördenverfahren, durch überbordende bürokratische Verpflichtungen, enorme Aufwendungen für den Umweltschutz und beträchtliche Kosten für die menschliche Arbeitskraft behindert. Die Lohn- und Lohnnebenkostenproblematik führte bereits zu massiven Verlagerungen von Produktionsstätten österreichischer Unternehmungen nach Ost- und Südosteuropa sowie nach Asien.

Der durch diese Produktionsverlagerungen bedingte beträchtliche Kapitalabfluß, wird natürlich mittelfristig gravierende Probleme für den österreichischen Arbeitsmarkt mit sich bringen.

Die österreichische Bundesregierung war jedoch bisher nicht Willens durch entsprechende Maßnahmen für eine Verbesserung der angespannten wirtschaftlichen Lage zu sorgen.

Der Ernst der derzeitigen wirtschaftlichen Situation drückt sich z.B. in der Insolvenzstatistik für das erste Halbjahr 1995 aus. So betragen die Insolvenzpassiva in den ersten drei Quartalen des Jahres 1995: 50,7 Mrd. öS (gefährdete Arbeitsplätze 28.347). Für das Gesamtjahr (1995) wird mit rund 60 Mrd. öS gerechnet.

Zum Vergleich: Im Gesamtjahr 1994 mußte ein Insolvenzpassivum von 34,6 Mrd. öS festgestellt werden.

Hauptgründe für die dramatisch ansteigenden Insolvenzen: Strukturschwächen, die auf Grund der EU-Mitgliedschaft und Tourismuskrise offenbar wurden.

Die Arbeitsplatzsituation wird sich jedoch noch drastisch verschärfen, da durch die schwache Baukonjunktur und fehlende Infrastrukturaufträge die Baubranche übermäßig unter dem herrschenden Budgetchaos zu leiden hat. Schon wird in diesem Zusammenhang mit mehreren zehntausenden zusätzlichen Arbeitslosen gerechnet.

Die schlechte Verhandlungsführung der österreichischen Bundesregierung bei den EU-Beitrittsverhandlungen verunmöglichte mit dem EU-Beitritt nahezu alle Japan-Exporte von österreichischen Automobilzulieferern. Betrug das Exportvolumen in Spitzenjahren rd. 4,3 Mrd. öS, so sind jetzt lediglich Exporte in der Größenordnung von knapp 1 Mrd. öS möglich. Betroffene Arbeitsplätze: direkt rund 3.500 und in weiterer Folge rund 7.000 (zumeist in Problemregionen).

Auch die unendliche Geschichte der CA-Privatisierung ist ein Beispiel für die fehlende Wirtschaftskompetenz der österreichischen Bundesregierung. Die diesbezügliche Vorgangsweise der österreichischen Bundesregierung gibt Österreich international der Lächerlichkeit preis.

Bedeutende Investitionen wie z.B. der Firma Siemens gehen an Österreich vorbei und sichern in Hinkunft Arbeitsplätze in Großbritannien.

Es sei in diesem Zusammenhang auch daran erinnert, daß sog. "unsinkbare Schiffe" wie der im SPÖ-Bereich angesiedelte Konsum durch die mangelnde Wirtschaftskompetenz von ÖGB und SPÖ in den Ruin getrieben wurde.

Krasse Fehlleistungen einzelner Regierungsmitglieder im Zusammenhang mit der DDSG (für die Bundeskanzler Dr. Vranitzky, auch die politische Verantwortung übernahm) runden das Bild des völligen Versagens auf wirtschaftspolitischem Gebiet nur ab.

Obwohl dem Bundeskanzler gemäß BMG die wirtschaftspolitische Koordinierungskompetenz zukommt, zeichnete sich Bundeskanzler Dr. Vranitzky in all den o.a. Fällen durch Untätigkeit aus.

Als beispielhaft für die mangelnde wirtschaftspolitische Kompetenz und auch der Untätigkeit der österreichischen Bundesregierung seien die Vorgänge um den An- und "Verkauf" der Head-Tyrolia-Mares-Gruppe (HTM) durch die Austria Tabak (AT) angeführt.

Durch die kurzsichtige Vorgangsweise sowohl von BMF Dkfm. Lacina, der Johan Eliasch bei der Übernahme der HTM-Gruppe tatkräftig unterstützte, als auch von BMF Dr. Staribacher, und

seinen parteitaktisch motivierten Entscheidungen, wurden mit deren Wissen und Billigung beim An- und "Verkauf" der HTM-Gruppe zumindest 3,4 Mrd. öS verwirtschaftet, ein weiterer Teil der österreichischen Industrie unter ausländische Kontrolle gebracht und österreichische Arbeitsplätze akut gefährdet.

Wie es überhaupt ein Kennzeichen der koalitionären Industriepolitik ist, zuerst gesunden Betrieben enorme Geldbeträge zu entziehen und diese damit an den Rand des Ruins zu bringen. In weiterer Folge werden die Betriebe tranchiert, um billig an Ausländer verkauft zu werden. (Im Falle der HTM-Gruppe erhält der "Käufer" neben dem Unternehmen noch als zusätzliches Trostpflaster Milliardenbeträge). Obwohl der Bundeskanzler im Jahr 1992 und im Jahr 1993 entsprechende Verhandlungen mit der Geschäftsführung der AT führte und daher über das Diversifikationsprojekt HTM bestens informiert sein mußte, traf der Bundeskanzler keine Maßnahmen, die eine Aushöhlung der AT durch Sonderdividenden verhindern würden.

Diese Vorgangsweise: Parteipolitisch motivierte Postenbesetzungen, Aushöhlen und Filetieren von Betrieben, die dann mit entsprechendem Sanierungsgeld an Ausländer verkauft werden, wie es bereits bei der Privatisierung der DDSG "erfolgreich" praktiziert wurde, zeichnet sich ebenso im Zusammenhang mit der Privatisierung der CA und bei der Ausgliederung der Post ab.

Für die Bundesregierung sind die Interessen der betroffenen Unternehmen und der österreichischen Volkswirtschaft offensichtlich von nachrangiger Bedeutung, wenn es um den Erhalt ihrer Einflußbereiche sowie der nötigen Budgetkosmetik zur Erreichung der Maastricht-Kriterien geht. Der Bundeskanzler hat jedoch gem. BMG in vollem Umfang die politische Verantwortung für diese verfehlte Wirtschaftspolitik gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit zu tragen.

Die Tatsache, daß der Verkauf der HTM-Gruppe wegen der noch ausstehenden Zustimmung der EU nicht endgültig ist und daher von seiten Österreichs noch entsprechende Maßnahmen getroffen werden könnten, und die AT defacto keine Geschäftsführung hat begründen die Dringlichkeit dieser Anfrage. Darüber hinaus wird die Dringlichkeit weiters dadurch begründet, daß von der ohnehin schon überschuldeten Post zur Sanierung des Budgets eine Sonderdividende eingefordert werden soll, sowie am 9. Oktober 1995 die Anbotslegungsfrist für die CA endet und befürchtet werden muß, daß es wiederum zu einer Verschleuderung von Bundesvermögen kommen wird.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler nachstehende

dringliche Anfrage:

1. Wie sehen Sie die industriepolitische Zukunft Österreichs angesichts der Tatsache, daß sich wesentliche Teile der heimischen Industrie (Chemische-, Textil-, Ski-, Autozulieferindustrie) in existentiellen Schwierigkeiten befinden?
2. Welche Maßnahmen haben Sie bisher gesetzt bzw. werden Sie setzen, um den Pleitenrekorden (1995: nahezu 60 Mrd. öS Insolvenzpassiva und rund 30.000 gefährdeten Arbeitsplätzen) der letzten Jahre entgegenzuwirken?
3. Welche Auswirkungen schen Sie aus dem nicht verhinderbaren Zuzug von "Billigarbeitskräften" aus dem südlichen EU-Raum auf den sozialen Frieden und das Lohnniveau in Österreich?
4. Welcher Spielraum bleibt der Bundesregierung für industriepolitische Maßnahmen angesichts der Tatsache, daß in diesem Jahr bereits ein Viertel (205,4 Mrd. öS) der gesamten Steuereinnahmen des Bundes durch den enormen Zinsaufwand abhanden kommen?
5. Welche Auswirkung wird die beabsichtigte Kürzung bzw. die völlige Streichung des IFB auf die österreichische Wirtschaft haben?
6. Bei neun der zwanzig größten österreichischen Unternehmen ist der Staat Mehrheitseigentümer. Welche Privatisierungsschritte werden von der Bundesregierung für die nächsten beiden Jahre (und in welchem finanziellen Umfang) geplant?
7. Um welchen Betrag wird das voraussichtliche Steueraufkommen des Jahres 1995 geringer sein als ursprünglich budgetiert?
 - Was sind die Hauptursachen der Mindereinnahmen?
 - Mit welchen Mindereinnahmen muß für das kommende Jahr gerechnet werden?
8. Wie interpretieren Sie Ihre gem. BMG wirtschaftliche Koordinierungskompetenz im Lichte der DDSG-, ATOMIC-, HTM-, Konsum-Pleiten?
9. In welcher Art und Weise und wann wurden Sie vom BMF Dkfm. Lacina bzw. BMF Dr. Staribacher über die Vorgängen bei der HTM-Gruppe informiert?

10. Sind Sie der Ansicht, daß der BMF Dr. Staribacher bzw. Ex-BMF Dkfm. Lacina, im Zusammenhang mit dem Debakel um die HTM-Gruppe, ihrer Verantwortung als Eigentümervertreter gerecht wurde?
- Wenn ja, wie begründen Sie das?
11. Stimmen Sie Ihrem Bundesminister für Finanzen zu, daß die Ablösung des alten AT-Vorstands ein politischer Preis, zur Sanierung der HTM-Gruppe, war?
12. Welche Schlüsse ziehen Sie aus der Tatsache, daß Finanzminister Ihrer Regierung den österreichischen Steuerzahler um mindestens 3,4 Mrd. öS schädigten?
13. Werden Sie diesbezüglich auch die politische Verantwortung, wie im Zusammenhang mit der DDSG, übernehmen?
14. Wenn ja, in welcher Form werden Sie die politische Verantwortung für gezielte Schädigung des Steuerzahlers, der Republik im Ausmaß von 3,4 und die Vernichtung von 400 Arbeitsplätzen Mrd. öS übernehmen?
15. Wie ist es zu verantworten, daß im AT-Konzern wegen der politisch motivierten Einsetzung eines Interimsvorstands, keine geordnete Übergabe der Geschäftsführung erfolgte?
16. Die Abberufung des alten Vorstands der AT wurde als politischer Preis der ÖVP zur Freigabe von Mitteln für die Sanierung der HTM-Gruppe verlangt. Wie ist es erklärlich, daß Sie als Bundeskanzler sich von Ihrem Koalitionspartner ÖVP diesbezüglich erpressen ließen?
17. Welche Konsequenzen hätte eine Negativentscheidung der EU-Kommission zum beabsichtigten Milliardenzuschuß der AT an die HTM-Gruppe?
18. Ist Ihnen der ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Niedergang der österreichischen Sportartikelindustrie und den dramatischen Rückgängen im Tourismus bewußt?
- Wenn ja, warum wurden von der Bundesregierung nicht entsprechende Gegenmaßnahmen gesetzt?
 - Wenn nein, wie begründen Sie dies?

19. Warum haben Sie die Politik von BMF Dkfm. Lacina (Aushöhlung von gesunden Betrieben in Form von Sonderdividenden) nicht verhindert?
20. Ist Ihnen der Zusammenhang zwischen Ihrer Sonderdividendenpolitik und der dadurch bedingten Substanzverluste der betroffenen Unternehmen und der jetzigen wirtschaftlichen Situation dieser Unternehmen bewußt?
- Wenn ja, welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?
 - Wenn nein, wie begründen Sie dies?
21. Halten Sie es für vertretbar, daß die österreichische Post in den vergangenen Jahren von Ihren Finanz- und Verkehrsministern für das Budget mithilfe des Fernmeldeinvestitionsgesetzes derart geschröpft wurde, daß sie nun bereits überschuldet ist und – wäre sie ein selbständiges Unternehmen – Konkurs anmelden müßte?
22. Halten Sie es angesichts der Tatsache, daß in der EU demnächst die Fernmeldemonopole gänzlich fallen werden und über eine Aufhebung des Briefmonopols bereits diskutiert wird, für vertretbar, so, wie nun geplant, die Post mittels Sonderdividenden und überhöhter Konzessionsabgaben auch nach einer allfälligen Ausgliederung weiterhin zu schröpfen, obwohl diese sich im internationalen Wettbewerb wird behaupten müssen?
23. Ist Ihnen bewußt, daß auch die ÖBB – laut Aussagen ihres Generaldirektors – aufgrund der Schuldenlast von 17 Mrd. öS, die entgegen den Bestimmungen des Bundesbahngesetzes aufgrund der Budgetprobleme nicht entschuldet wurden, nun Gefahr laufen, in der internationalen Konkurrenz mit schuldenfreien Konkurrenzbahnen unter die Räder zu kommen?
24. Ist Ihnen bekannt, daß der Aufsichtsrat der ÖBB der Eröffnungsbilanz nur unter einer Reihe von Prämissen zugestimmt hat, von denen zumindest teilweise bereits jetzt klar ist, daß sie nicht erfüllt werden können und daher auch die ÖBB-Reform – abgesehen davon, daß sie sofort zu noch höheren 'Finanzierungserfordernissen' als zuvor geführt hat – auf äußerst wackeligen Beinen steht?
25. Welche Schritte wurden von Ihnen gesetzt, um die EU-Förderungen für Lyocell freizubekommen?

26. Werden Sie Vorschläge unterstützen, die eine intensive Befassung des Parlaments in Angelegenheiten der Veräußerung von Bundesvermögen ermöglichen?
- Wenn nein, warum nicht?
27. Im Jahre 1991 wurde der Beschuß gefaßt, den Bundesanteil an der CA bestmöglich zu veräußern. Wie interpretieren Sie in diesem Zusammenhang Aussagen des BMF, daß bei einem österreichischen Bieter auch ein Preisabschlag erfolgen könnte?
28. Wie beurteilen Sie die Tatsache, daß Österreichs wichtigste Handelsbank nur wegen der verfehlten Privatisierungspolitik der österreichischen Bundesregierung international ins Gerede kam?
29. Welche Maßnahmen werden Sie bzw. die Bundesregierung treffen, um den schon entstandenen Schaden für das Ansehen der CA, der CA-Aktionäre und auch der Republik auszugleichen?
30. Wie beurteilen Sie die Tatsache, daß Medien, Österreich wegen der Vorgangsweise der österreichischen Bundesregierung bei der CA-Privatisierung, in die Nähe von "Bananenrepubliken" rücken?

In formeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage im Sinne der Bestimmungen der GOG § 93 Abs. 4 des Nationalrates dringlich vor Eingang in die Tagesordnung zum frühest möglichen Zeitpunkt zu behandeln.